

V0029/23

IngolstadtPass - Erweiterung des Berechtigtenkreises

-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.08.2022-

Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Fischer)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 02.02.2023

Der Antrag V0690/22 und der Antrag der Verwaltung V0029/23 werden gemeinsam behandelt und diskutiert.

Stadtrat Werner dankt für die Umsetzung des SPD-Antrages und erklärt seine Zustimmung zur Vorlage. Dennoch habe er zwei Ergänzungsanträge: Er bitte um Prüfung, ob zum einen die Stadtverwaltung und ihre Beteiligungen zusätzliche Angebote machen könnten für den IngolstadtPass und zum anderen, ob es nicht auch möglich wäre, weitere Kooperationspartner in der Ingolstädter Wirtschaft zu finden, die sich beteiligen und günstige Angebote machen wollten.

Herr Fischer erklärt, dass es bereits verschiedenste Angebote des Stadtkonzerns gebe, er weitere Möglichkeiten aber gerne prüfen könne. Auch für Wirtschaftsunternehmen, die Vergünstigungen anböten, zeige er sich offen. Hier sei aber zu sagen, dass in anderen Städten, in deren Stadtpässen mehr Angebote vorhanden seien, auch mehr Personal für die Akquise der Unternehmen zur Verfügung stehe.

Grundsätzlich zeige sich, dass in Ingolstadt durch die jüngsten Rechtsänderungen für fast alle Haushaltskonstellationen ein Einkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle gesichert sei. Haushalte, insbesondere bei Seniorinnen und Senioren, bei denen keine Berechtigung auf Wohngeld bestehe, deren Einkommen aber unterhalb der örtlichen Armutsgefährdungsschwelle liegen, sollen zukünftig dennoch Anspruch auf den IngolstadtPass haben.

Stadträtin Mayr erkundigt sich nach der bisherigen Resonanz bei den Wohngeldanträgen seit der Reform.

Herr Fischer antwortet, dass im Januar ein deutlich höheres Aufkommen an Wohngeldanträgen zu verzeichnen war. Ende 2022 habe es 733 laufende Wohngeldfälle gegeben, im Januar seien 350 Neuanträge hinzugekommen, was einer Steigung von fast 50% entspreche. Die Öffentlichkeitsarbeit der letzten Woche habe insgesamt Wirkung gezeigt, jedoch liege noch keine genaue Auswertung vor, von welchen Bevölkerungsgruppen die Neuanträge stammten.

Stadträtin Mader erkundigt sich zum Antragspunkt 2, wie genau die Prüfung des Einkommens erfolge. Außerdem möchte sie wissen, ob es Erkenntnisse zur tatsächlichen Nutzung des Passes gebe, um die Attraktivität gegebenenfalls erhöhen zu können.

Herr Fischer führt aus, dass der Vorschlag der Verwaltung sei, die Ausgabe an die Seniorinnen und Senioren möglichst unbürokratisch zu handhaben und lediglich auf die aktuelle Einkommenssituation abzustellen. Für den Fall, dass ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liege, solle der IngolstadtPass, unabhängig von eventuellen Ersparnissen, ausgegeben werden. Zur zweiten Frage sei die Datenlage relativ schlecht, es sei nicht bekannt, wo und wie oft der Pass genutzt werde. Dies läge daran, dass bisher kein finanzieller Ausgleich zwischen Stadt und Töchtern für die gesunkenen Einnahmen durch die Vergünstigung erfolge und somit keine Datenerhebung notwendig sei.

Frau Nehir habe festgestellt, dass in der Vergangenheit nur wenige Leistungsbezieher des Amtes für Soziales den Pass beantragt hätten. Deshalb sei ein Brief an diese Personen geschrieben und für den IngolstadtPass geworben worden, wodurch knapp 500 Neuanträge erfolgt seien.

Stadtrat Werner zeigt sich erfreut über diese Aktion. Er biete eine Zusammenarbeit mit dem VdK an, da dort jährlich 10.000 Beratungen stattfänden, bei denen man mit Hilfe eines Flyers auf das Angebot der Stadt hinweisen könne. Nach dem dort bevorstehenden Wechsel bei der Kreisgeschäftsführung hoffe er auf einen Austausch mit Frau Nehir.

Die genannte Zahl von 350 Neuanträgen im Januar beim Wohngeld bestätige den Bundestagsbeschluss. Allerdings sei man von den Schätzungen, die von einer Steigerung um das Dreifache ausgingen, noch weit entfernt. Daher biete er auch hier eine Zusammenarbeit mit dem VdK an. Dort sei zu beobachten, dass vor allem ältere Damen aus Schamgefühl keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen wollten, weshalb eine hierfür ausgelegte Kampagne sinnvoll wäre.

Bürgermeisterin Kleine erinnert an die Stadtteiltreffs, wo ebenso auf die Angebote hingewiesen werde.

Frau Nehir bekundet Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem VdK. Sie habe bereits versucht Kontakt aufzunehmen und möchte mit allen Leistungsbereichen des VdK Treffen zu möglichen Kooperationen durchführen. Die Problematik des Schamgefühls bei Senioren sei bekannt, hier würden bereits verschiedenen Kampagnen geprüft, ebenso seien die Stadtteiltreffs und die Seniorengemeinschaften wichtige Anlaufstellen.

Herr Fischer erinnert, dass die Beantragung des Wohngeldes grundsätzlich auch online oder schriftlich möglich sei. Insofern könnten bei den Beratungsstellen auch Antragformulare hinterlegt werden. Zudem werde derzeit die Homepage überarbeitet, was zwar nicht unbedingt in jedem Fall den Seniorinnen und Senioren, aber den sicher den Beratungskräften hilfreich sein könne. Es werde ein Wohngeldrechner verlinkt, bei welchem anhand der individuellen Haushaltsgröße, des individuellen Einkommens und der individuellen Miethöhe ziemlich genau berechnet werden könne, ob und in welcher Höhe ein Wohngeldanspruch besteht, auch wenn dies keine amtliche Berechnung ersetze.

Stadtrat Niedermeier lobt die hervorragende Arbeit von Frau Weingärtner in Bezug auf die aufsuchende Seniorenarbeit und erinnert diesbezüglich an seinen eingereichten Antrag.

Auf Nachfrage von Stadträtin Mayr erläutert Herr Fischer, dass es keine förmliche Zusammenarbeit mit dem Mieterverein gebe. Es seien jedoch im Rahmen der Erstellung des Mietspiegels Treffen sowohl mit dem Mieterverein, als auch mit Haus und Grund vereinbart, in dessen Zuge er auch das Thema Wohngeld bzw. Lastenzuschuss ansprechen wolle. Bezüglich des angesprochenen Antrags von Stadtrat Niedermeier sei die Verwaltungsvorlage für den dritten Sitzungslauf geplant.

Stadträtin Mader schlägt vor, die Seniorengemeinschaften in den Stadtteilen zu besuchen und seitens der Stadt über die Möglichkeiten zu informieren. Zudem halte sie eine Kontaktaufnahme mit den Nachbarschaftshilfen für sinnvoll.

Stadträtin Bulling-Schröter schlägt vor, dass in den Stadtteiltreffs Hilfe beim Ausfüllen der Anträge angeboten werde. Zudem gibt sie den Dank einer Bürgerin weiter, die bei der Wohngeldbeantragung im Rathaus sehr zuvorkommend und qualifiziert beraten worden sei.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0029/23**:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.